

Stadt Mannheim | FB 67 | Postfach 10 00 35 | 68133 Mannheim

Gegen Empfangsbekenntnis

Eigenbetrieb Stadtraumservice Mannheim
Käfertaler Str. 248
68167 Mannheim

Herr Wenz
Raum 320
Collinistraße 1, 68161 Mannheim
Telefon: (06 21) 293 - 7575
Telefax: (06 21) 293 - 7572
thomas.wenz@mannheim.de
Termine nach telefonischer Vereinbarung

Unser Zeichen:
20202939/67.31-TW

22.06.2021

Grundstück:

Plangenehmigungsverfahren
Plangenehmigungsverfahren Strukturmaßnahmen für die naturnahe Entwicklung des
Neckars bei Mannheim BA 2 - Projektphase West und BA 3 - Projektphase Ost
-Altnecker zwischen Neckar-km 4,450 und 8,50-
Antragsteller
Eigenbetrieb Stadtraumservice Mannheim
Käfertaler Str. 248
68167 Mannheim

Bezug: Ihr Antrag vom 12.11.2020

Sehr geehrte Damen und Herren,

aufgrund Ihres Antrags auf Erteilung einer Plangenehmigung für die naturnahe Entwicklung des Neckars bei Mannheim, Projektphasen West und Ost, ergeht folgende Entscheidung:

I. Plangenehmigung:

1. Der Plan des Eigenbetriebs Stadtraumservice Mannheim auf Durchführung von Strukturmaßnahmen für die naturnahe Entwicklung des Neckars bei Mannheim, Projektphasen West und Ost, zwischen Neckar-km 4.450 und 8,50 wird antragsgemäß unter Festsetzung der in Abschnitt III. aufgeführten Nebenbestimmungen genehmigt.
2. Das erforderliche Einvernehmen gem. §§ 54 Abs. 3 und 33 Abs. 2 S. 2 des Naturschutzgesetzes (NatSchG) zum Naturschutzgebiet „Unterer Neckar: Maulbeerinsel“ wurde vom Regierungspräsidium Karlsruhe erteilt. Die darin normierten Nebenbestimmungen sind in Abschnitt III. aufgeführt.
3. Für die Plangenehmigung wird die sofortige Vollziehung angeordnet.

...

Nächstgelegene Haltestellen für Stadtbahn:
Abendakademie, Kurpfalzbrücke, Gewerkschaftshaus, Nationaltheater;
für OEG: Collini-Center, Nationaltheater;
nächstgelegene öffentliche
Parkmöglichkeit - auch für Behinderte:
Parkplatz Collini-Center (15 Min. kostenfrei)

Sie erreichen uns fernmündlich:
Mo. - Do.: 9.00-12.00 u. 14.00-15.00 Uhr,
Freitag 9.00 - 12.00 Uhr

www.mannheim.de

Gläubiger-ID DE17ZZZ00000131389

Sparkasse Rhein Neckar Nord
BIC: MANSDE66XXX
IBAN: DE63 6705 0505 0030 2013 70

4. Für die Plangenehmigung wird eine Gebühr in Höhe von **5.434,96 Euro** festgesetzt. Der entsprechende Forderungsbescheid, der Bestandteil dieser Entscheidung ist, geht Ihnen in den nächsten Tagen separat zu.

II.

Antragsunterlagen:

Der Plan umfasst folgende Unterlagen:

Schriftsätze:

- Antragsschreiben vom 12.11.2020
- Schreiben Freigabe der Schriftsätze und Pläne
- Erläuterungsbericht zur Genehmigungsplanung der Projektphasen WEST und OST
- Anlage 01: Steckbriefe Teilmaßnahmen
- Anlage 02: Fachbeitrag Schifffahrt
- Anlage 03: Fachbeitrag Kraftwerk Feudenheim
- Anlage 04: Fachbeitrag Wassersportvereine
- Anlage 05: Bericht IUS UVP-Vorprüfung
- Anlage 06: Rahmendokument Umweltbeitrag
- Anlage 07: Bericht IUS Umweltbeitrag
- Anlage 08: Projektzeitenplan
- Anlage 09: Geplante Kompensationsmaßnahmen
- Anlage 10: Lageplan CEF-Maßnahmen, Blatt 1-4

Pläne:

- Anlage 11: Übersichtslageplan-Alle Maßnahmen
- Anlage 12: Lageplan und Querschnitte Planabschnitt 1
- Anlage 13: Lageplan und Querschnitte Planabschnitt 2
- Anlage 14: Lageplan und Querschnitte Planabschnitt 3
- Anlage 15: Lageplan und Querschnitte Planabschnitt 4
- Anlage 16: Lageplan und Querschnitte Planabschnitt 5
- Anlage 17: M02 Lageplan/Höhenplan Fließgewässer am linken Ufer
- Anlage 18: M02 Querprofilplan Fließgewässer am linken Ufer 1
- Anlage 19: M02 Querprofilplan Fließgewässer am linken Ufer 2
- Anlage 20: M03 Lenkbuhne am rechten Ufer
- Anlage 21: M09 Lageplan/Höhenplan Fließgewässer am linken Ufer
- Anlage 22: M09 Querprofilplan Fließgewässer am linken Ufer 1
- Anlage 23: M09 Querprofilplan Fließgewässer am linken Ufer 2
- Anlage 24: M11 Lageplan/Höhenplan Stillgewässer am rechten Ufer
- Anlage 25: M11 Querprofilplan Stillgewässer am rechten Ufer 1
- Anlage 26: M11 Querprofilplan Stillgewässer am rechten Ufer 2
- Anlage 27: M12 Lageplan Ufervorschüttung mit rückwärtiger Rinne
- Anlage 28: M12a Querprofilplan Ufervorschüttung mit rückwärtiger Rinne
- Anlage 29: M12b Querprofilplan Ufervorschüttung mit rückwärtiger Rinne
- Anlage 30: M12a Höhenplan Ufervorschüttung mit rückwärtiger Rinne
- Anlage 31: M12b Höhenplan Ufervorschüttung mit rückwärtiger Rinne

III. Nebenbestimmungen:

Nebenbestimmungen des Wasserstraßen- und Schifffahrtsamts Neckar:

1. Bei der Herstellung und Unterhaltung der Strukturmaßnahmen sind die allgemein anerkannten Regeln der Technik zu beachten und die im Bauwesen erforderliche Sorgfalt anzuwenden.
2. Nach Abschluss der Bauarbeiten ist eine Abnahme durch das Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt Neckar erforderlich. Die Abnahme ist beim Außenbezirk Heidelberg, Schlierbacher Landstraße 190, 69118 Heidelberg, Tel.: 06221 38936-0, zu beantragen.
3. Spätestens 6 Monate nach der Abnahme sind dem WSA Neckar Bestandspläne in digitaler und Papierform vorzulegen.
4. Der Genehmigungsinhaber hat die strom- und schifffahrtspolizeilichen Nebenbestimmungen auf seine Kosten zu erfüllen.
5. Ist die Genehmigung durch Widerruf oder aus anderem Grunde erloschen, sind die Strukturmaßnahmen auf Verlangen des WSA Neckar in einer gesetzten Frist ganz oder teilweise zu beseitigen und der frühere Zustand wieder herzustellen.
6. Jede Änderung der genehmigten Pläne ist dem WSA Neckar rechtzeitig vor der Durchführung schriftlich anzuzeigen.
7. Werden durch die Strukturmaßnahmen, deren Unterhaltung oder durch die Benutzung der Bundeswasserstraße Auskolkungen, Verflachungen, Uferabbrüche oder ähnliche Beeinträchtigungen der Bundeswasserstraße verursacht, sind diese auf Verlangen des WSA Neckar zu beseitigen.
8. Alle wesentlichen Einzelheiten des Bauablaufs und der Bauverfahren, die den Schiffsverkehr beeinträchtigen können, sind rechtzeitig (mindestens 6 Wochen) vor der Ausführung unter Beteiligung der ausführenden Firmen mit dem WSA Neckar abzustimmen. Beim Einsatz von schwimmenden Fahrzeugen und Geräten ist ein Gerätekonzept sowie ein detaillierter Bauablauf- und Bauzeitenplan vorzulegen.
9. Im Bereich der Bundeswasserstraße Neckar darf, auch nur vorübergehend, nur Naturfelsgestein eingebaut werden.
Die eingebauten Wasserbausteine müssen den Technischen Lieferbedingungen für Wasserbausteine (TLW) entsprechen.
10. Anfallendes Baggergut darf nicht wieder in den Neckar eingebracht oder so gelagert werden, dass es wieder eingespült werden kann.
11. Der Wehrraum Ladenburg darf nur mit Kleinfahrzeugen ohne Antriebsmaschine befahren werden. Das Befahren mit motorbetriebenen Fahrzeugen und Geräten bedarf der vorherigen Genehmigung des WSA Neckar.
Es ist unbedingt zu beachten, dass die Wasserstände im Bereich der Maßnahme vom Rheinpegel anhängig sind.

12. Rechtzeitig vor Erreichen und Überschreiten des höchsten Schifffahrtswasserstandes (HSW) am Pegel Mannheim Rhein sind die Arbeiten zu unterbrechen und alle Fahrzeuge und Geräte an einen sicheren Liegeplatz zu verbringen.

13. Im Zuge der (Bau-) Maßnahmen notwendige Regelungen des Schiffsverkehrs auf dem Neckar werden entsprechend der örtlichen Gegebenheiten vom WSA Neckar festgelegt.

Die notwendige Kennzeichnung mit Schifffahrtszeichen geht zu Lasten des Genehmigungsinhabers.

14. Es dürfen keine Stoffe oder Gegenstände in den Neckar gelangen, die den für die Schifffahrt erforderlichen Zustand der Bundeswasserstraße oder die Sicherheit und Leichtigkeit des Schiffsverkehrs auf dieser beeinträchtigen.

15. Innerhalb des Überschwemmungsgebiets dürfen dauerhaft keine Stoffe oder Gegenstände gelagert werden, die bei Hochwasser abtreiben und in die Wasserstraße gelangen können. Es ist sicherzustellen, dass das Überschwemmungsgebiet rechtzeitig geräumt wird.

16. Die zum Schutz der Schifffahrt oder der Wasserstraße gegebenen Anordnungen der Beschäftigten der WSV ist unbedingt Folge zu leisten.

17. Die Maßnahmen sind zu überwachen und in einem guten Betriebs- und verkehrssicheren Zustand zu erhalten. Notwendige Unterhaltungsarbeiten dürfen nur im Einvernehmen mit dem WSA Neckar vorgenommen werden.

18. Es sind bisher nicht alle Details der einzelnen Maßnahmen bekannt und in den Plangenehmigungsunterlagen ausgeführt, weshalb diese nicht im Detail mit dem WSA Neckar abgestimmt werden konnten. Die Planungsdetails müssen nach Vorlage ausgearbeiteter Unterlagen, Plänen und Berechnungen, außerhalb des Verfahrens durch eine strom- und schifffahrtspolizeiliche Genehmigung (ssG) nach Bundeswasserstraßengesetz genehmigt werden.

Dies betrifft vor allem die Maßnahmen M3, M2, M7 und M11.

Da die Maßnahme M11 in unmittelbarer Nähe zum Böschungsfuß des Dammkörpers des Seitenkanals Ladenburg geplant ist, kann die Standsicherheit des Damms gefährdet werden. Es ist deshalb ein Standsicherheitsnachweis für den Dammkörper vorzulegen, der sowohl den Bau- als auch den Endzustand untersucht.

19. Die Maßnahmen im Bereich der Mündung des Wehrarm von Neckar-km 4,6 bis 5,0 (A) müssen vom Grundsatz nach den Vorgaben des BAW Merkblattes „Anwendung von Regelbauweisen zur Böschungs- und Sohlensicherung an Binnenwasserstraßen (MAR)“ ausgeführt werden.

20. Größere Abtragungen im Bereich der Strukturmaßnahmen sind auf Kosten des Genehmigungsinhabers einzumessen. Bei Abtragungen von mehr als 1000 m³ Boden je Ereignis muss sich der Genehmigungsinhaber auf Verlangen des WSA Neckar oder des WSA Oberrhein an den Nassbaggerkosten im Neckar, unterstromig der Maßnahme, beteiligen.

21. Die Unterhaltung der Uferflächen im Bereich des Altneckars ist bereits heute in einem privatrechtlichen Vertrag zwischen dem Land Baden-Württemberg, der Stadt Mannheim und der Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung (WSV) geregelt.

Dieser Vertrag ist im Zuge der geplanten Maßnahme an die geänderte Nutzung anzupassen, die Unterhaltung, Verkehrssicherung und Haftung ist neu zu regeln.

Nebenbestimmungen des Regierungspräsidiums Karlsruhe, Abteilung 5- Umwelt, zum Naturschutzgebiet „Unterer Neckar: Maulbeerinsel“ im Rahmen des Einvernehmens:

1. Es ist eine fachliche qualifizierte ökologische Baubegleitung (ÖBB) einzusetzen, welche die ordnungsgemäße Durchführung der landschaftspflegerischen und artenschutzfachlichen Maßnahmen sicherstellt.
2. Das Betanken von Baufahrzeugen oder Maschinen darf nur unter Einsatz einer Ölauffangwanne erfolgen.
3. Eine (Zwischen-) Lagerung von Baustoffen darf nur in Abstimmung mit der ÖBB und nur auf unempfindlichen Flächen erfolgen.
4. Sofern überschüssiges Bodenmaterial anfällt, ist dieses aus dem Naturschutzgebiet zu entfernen und sachgerecht zu entsorgen bzw. zu verwerten.
5. Der Beginn und die Dauer der Arbeiten sind dem Regierungspräsidium Karlsruhe, Referat 56 (per E-Mail an: jost.armbruster@rpk.bwl.de) eine Woche zuvor anzuzeigen.
6. Spätestens acht Wochen nach Abschluss der Maßnahme hat die ÖBB einen Kurzbericht mit einer aussagekräftigen Fotodokumentation, in dem die wesentlichen Umsetzungsschritte und der Endzustand dokumentiert sind, an das Regierungspräsidium Karlsruhe, Referat 56 (per E-Mail an: Eingriffsregelung_Artenschutz@rpk.bwl.de) zu senden.
7. Die vor Ort Tätigen sind vor der Umsetzung über die Lage der Maßnahme in einem Naturschutzgebiet und dessen Geltungsbereich zu informieren.
8. Die Maßnahme ist unter größtmöglicher Rücksichtnahme auf das Naturschutzgebiet durchzuführen.
9. Weitere Auflagen im öffentlichen Interesse bleiben vorbehalten.

Nebenbestimmungen des Regierungspräsidiums Karlsruhe, Abteilung 3 – Fischereifachliche und fischökologische Stellungnahme:

1. Durch die Größe der Baumaßnahme wird sich die Bautätigkeit innerhalb der Umsetzung des BA2 - Projektphase West voraussichtlich in vier Arbeitsbereiche aufteilen. In diesen Bereichen (Bereich 1 + 2 – Einmündung Schleusenkanal bis Riedbahnbrücke linkes und rechtes Ufer, Bereich 3 + 4 Riedbahnbrücke bis Einmündung des Kraftwerkkkanals) ist eine Elektrobefischung der Ufer jeweils vor Beginn der Bautätigkeit im ufernahen Bereich von einem staatlich geprüften Fischereisachverständigen durchzuführen, die geborgenen Fische unterstrom umzusetzen und eine entsprechende Dokumentation zu erstellen. Sollten die Bauarbeiten eines Arbeitsbereichs länger als acht Wochen andauern, ist die Elektrobefischung zu wiederholen. Gleiches gilt auch, falls Uferbereiche von einer Länge von mehr als 50 Metern Länge wiederholt bearbeitet werden müssen.
2. Vor Planungsbeginn wurde eine Elektrobefischung durchgeführt und dokumentiert. Die bei der Fischbergung gewonnenen Daten sind mit denen der Bestandsaufnahme des Jahres 2018 zu

kombinieren. Spätestens fünf Jahre nach Abschluss der Neckarrenaturierung ist eine abschließende Befischung mit Dokumentation und Monitoringauswertung als langfristige Erfolgskontrolle durchzuführen, um die Wirkung der Maßnahme auf die Fischfauna langfristig einschätzen und belastbar beurteilen zu können.

3. Die angel- und erwerbsmäßige fischereiliche Nutzung im Landesfischereirecht Neckar bleibt im Eingriffsbereich wie im bisherigen Umfang bestehen und passt sich nach Abschluss der Maßnahme an die neuen Wasserflächen an. Das Fischereirecht des Landes Baden-Württemberg dehnt sich auf die neuen Wasserflächen aus.

4. Die Fischereiausübungsberechtigten/ansässigen Angelvereine des betreffenden Neckarabschnitts sind spätestens 2 Wochen vor dem geplanten Baubeginn über die Maßnahmen schriftlich zu informieren.

Nebenbestimmungen der Unteren Wasserbehörde:

Überschwemmungsgebiet / Hochwasserschutz:

1. Die Lagerung von wassergefährdenden Stoffen ist im Überschwemmungsgebiet untersagt. Ferner ist das Ablagern und das nicht nur kurzfristige Lagern von Gegenständen, die den Wasserabfluss behindern können oder die fortgeschwemmt werden können untersagt. Die Pegel Mannheim/Neckar und Mannheim/Rhein können jederzeit bei der Hochwasservorhersagezentrale der LUBW unter „<http://www.hvz.baden-wuerttemberg.de>“ abgerufen werden.

2. Im Rahmen der Ausführungsplanung sind Nachweise der Auswirkungen der geplanten Maßnahmen (v.a. Teilmaßnahme M9 in der Projektphase OST) auf die Standsicherheit des Hochwasserschutzdamms RHWD XXXIXa (WG BW, Anlage 5, Neckardamm in Mannheim-Neuostheim) zu führen und diese dem RP Karlsruhe, Ref.53.1 vorzulegen. Sollte eine nachteilige Auswirkung auf die Standsicherheit des RHWD XXXIXa erkennbar sein, ist die geplante Teilmaßnahme abschnittsweise umzuplanen bzw. anzupassen, um negative Auswirkungen auf die Standsicherheit des Dammes auszuschließen.

Gewässerökologie:

Gesamtkonzept Monitoring

Die beantragte Maßnahme wird bis zur BUGA 2023 nicht vollständig fertiggestellt sein. Da eine Erfolgskontrolle grundsätzlich durch den Maßnahmenträger vorzunehmen ist, empfiehlt es sich, die jeweils fertigen Baumaßnahmen West /Ost mit den neu angelegten Strukturen im Rahmen einer ökologischen Baubegleitung durch Vorher-Nachher-Vergleich in Form von Bildern und der Bilanz der neu erstellten Gewässerfunktionsräume flächenhaft zu dokumentieren. Nach einer gewissen Sukzessionsphase (ca. 3-5 Jahr) ist ein ökologisches Monitoring durchzuführen (Fische, Wirbellose, Wasserpflanzen).

Folgende Punkte sind hierbei einzuhalten:

- Nach Umsetzung der Maßnahme ist deren Mehrgewinn zu bilanzieren und hierzu eine Erfolgskontrolle gemäß LUBW (2015) „Leitfaden Maßnahmenbegleitende Erfolgskontrolle an Fließgewässern“ (https://um.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-um/intern/Dateien/Dokumente/3_Umwelt/Schutz_natuerlicher_Lebensgrundlagen/Wasser/Rechtsvorschriften/WRRL/Zyklus-2/Hintergrund-2/massnahmenbegleitende_Erfolgskontrolle_Fliessgewaesser.pdf) durchzuführen.
- Die Erfolgsprüfung im BA2/BA3 umfasst der Gewässerstrukturgütefeinkartierung, wobei die Vorgaben der LUBW mittels Modul GESTRUK umzusetzen sind. Diese gibt folgende Schritte vor: Herausgabe einer Startdatei durch die Untere Wasserbehörde, die Erfassung der Gewässerstrukturparameter durch ein Ing.-Büro und die Freigabe der Daten durch die

Untere Wasserbehörde (näheres unter: <https://www.lubw.baden-wuerttemberg.de/wasser/gewaesserstruktur>).

- Ergänzend sind die Fischhabitate nach Landesstudie Gewässerökologie zu erfassen (Handreichung „fischökologisch funktionsfähige Strukturen in Fließgewässern“ und zugehöriger Kartieranleitung (https://rp.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/RP-Internet/Themenportal/Wasser_und_Boden/Geschaeftsstelle_Gewaesseroekologie/Landesstudie_Gewaesseroekologie_G._I._O/_DocumentLibraries/Documents/Fischoekologisch_funktionsfaehige_Strukturen.pdf)).
- Wegen der Größe der Umgestaltung und musterhaften Lösungsansätze ist nach LUBW (2015) ein maßnahmenbegleitendes Monitoring durch die Erfassung der biologischen Qualitätskomponente Fische durchzuführen. Die gewonnenen Ergebnisse sind im Zeitvergleich Vorher-Nachher darzustellen.
- Die Erhebungen des RPK Referat Gewässer und Boden aus dem Jahr 2018-2019 im Rahmen der Vorplanung können als Datensatz (vorher) über die UWB zur Verfügung gestellt werden.
- Ergänzend wäre das Makrozoobenthos zu erfassen.
- Die biologischen Erfolgskontroll-Untersuchungen sind 3-5 Jahr nach Umsetzung der Maßnahmen durchzuführen.

Nebenbestimmungen der Unteren Naturschutzbehörde:

Gehölze

1. Die Durchführung der Gehölzrückschnitt-, Rodungs- und Mahdarbeiten haben außerhalb der Vegetationszeit zwischen Oktober und Februar zu erfolgen. Die Rodung von Baumstümpfen und Wurzeln darf nur während der Aktivitätszeit der Mauereidechse erfolgen, um überwinternde Eidechsen nicht zu stören oder zu töten.
2. Die beschriebenen Schutzmaßnahmen sind rechtzeitig vor Baubeginn umzusetzen.
3. Die notwendigen Rodungsmaßnahmen dürfen erst kurz vor Baubeginn erfolgen.
4. Für die gerodeten Bäume sind 72 Bäume als Hochstämme, mind. 3 x verpflanzt, mind. 18-20 cm Stammesumfang zu pflanzen.
5. Die Sträucher müssen mind. 2 x verpflanzt sein, drei Triebe aufweisen und ein Größe von 60-100cm haben. Die Bäume sind in Gruppen von etwa 5 Stück zu pflanzen und mit Sträuchern zu ergänzen. Die Pflanzabstände bei der Strauchpflanzung haben in einem Raster von 2,0 x 3,0 zu erfolgen.
6. Es dürfen nur gebietsheimische Gehölze aus dem Vorkommensgebiet 4.2 Oberrheingraben verwendet werden.
7. Die Pflanzflächen sind gemäß Antragsunterlagen spätestens ein Jahr nach Abschluss des Teilprojekts umzusetzen. Ein Abweichen der Planung ist mit der Unteren Naturschutzbehörde abzustimmen.
8. Eine Anwuchspflege hat über drei Jahre zu erfolgen, ausgefallene Gehölze sind zu ersetzen.
9. Eine Dokumentation der Pflanzungen nach Abschluss der Arbeiten und über die Entwicklung der Gehölze ist nach Abschluss vorzulegen.

10. Die Festlegung der neu entstehenden geschützten Biotop erfolgt nach Ende der Pflanzung. Hier ist durch den Antragsteller eine Karte (inkl. Shapefile mit Abgrenzung) und Beschreibung des Biotops gemäß der Kartiervorgaben und Erhebungsbögen für geschützte Biotop der LUBW bis ein Jahr nach Abschluss des jeweiligen Teilprojekts vorzulegen.

Mauereidechsen

11. Um das Einwandern von Mauereidechsen in den Eingriffsbereich zu verhindern, ist ein undurchsichtiger, reißfester und glatter Folienzaun von mind. 50 cm Höhe aufzubauen. Die Unterkante ist im Erdreich einzugraben und auf der Innenseite mit ausreichend Überstiegshilfen zu versehen, um noch im Baufeld befindliche Tiere das Auswandern zu ermöglichen.
12. Eine ökologische Baubegleitung (ÖBB) hinsichtlich Mauereidechsen für den Zaunbau, Bau der Strukturelemente und Bauarbeiten ist einzurichten. Name und Anschrift der ÖBB ist schriftlich mitzuteilen.
13. Es hat eine regelmäßige, mind. wöchentliche Zaunkontrolle über den gesamten Zeitraum zu erfolgen.
14. Beim Anlegen der Strukturelemente wie Totholzhaufen und Steinhaufen dürfen keine überwinternden Eidechsen beeinträchtigt werden. Erforderliche Eingriffe in den Boden haben nur innerhalb der Aktivitätszeit der Eidechsen zu erfolgen. Es sind vor Beginn der Bauarbeiten und vor dem Abfangen je 10 Stein- und 5 Totholzhaufen am südlichen Neckarufer, auf der Feudenheimer Insel und NSG Maulbeerinsel gemäß Antrag anzulegen.
15. Das Abfangen und Umsetzung der betroffenen Mauereidechsen hat im März/April vor der Paarungszeit oder im Spätsommer (August bis September) mit der gemäß des Antrags beschriebenen Fangmethode zu erfolgen.
16. Es ist ein Fangtagebuch (Witterung, Tag, Uhrzeit, Dauer, Anzahl Fänger) zu führen und eine Dokumentation zu erstellen. Nach Abfangen der Eidechsen ist ein Negativnachweis vorzulegen, bei dem auf zwei aufeinanderfolgenden Tagen mit mind. 3 Tagen Abstand keine Eidechsen mehr vorzufinden waren.
17. Ein Eingriff in die von Eidechsen besiedelte Fläche darf erst nach Freigabe der Unteren Naturschutzbehörde unter Vorlage der Dokumentation und des Fangbuchs mit Negativnachweis erfolgen.
18. Baumstümpfe und Wurzeln sind im Boden zu belassen, um überwinternde Eidechsen nicht zu stören und zu töten.
19. Beginn und Ende des Abfangens von Eidechsen ist bei der unteren Naturschutzbehörde schriftlich anzuzeigen.
20. Die Maßnahmen dürfen nur in dem jeweiligen geplanten Bauabschnitt erfolgen. Der Beginn ist der Unteren Naturschutzbehörde schriftlich anzuzeigen.
21. Ein Konzept über das Monitoring über die Wirksamkeit der Maßnahmen ist vorzulegen.

Brutvögel

22. Für den Verlust von Bruthabitaten der Höhlenbrüter sind Nistkästen als Ersatz im betroffenen Gebiet aufzuhängen:
23. 5 artspezifische Nistkästen für den Star

24. 60 artspezifische Nistkästen für Blau- und Kohlmeisen
25. 5 artspezifische Schlitzkästen für den Gartenbaumläufer
26. 10 geeignete artspezifische Nistkästen (Halbhöhle) für Bachstelzen
27. Eine Planung mit den Standorten ist der Unteren Naturschutzbehörde vorzulegen und bis spätestens 28.2.2022 umzusetzen.
28. Es hat eine Baumhöhlenkontrolle unmittelbar vor der Fällung der Bäume zu erfolgen.

Biber

29. Die Lebensstätten wie Burg/Bau des Bibers dürfen nicht beeinträchtigt werden.
30. Vor Baubeginn der Erdarbeiten sind die Eingriffsflächen im Uferbereich auf Vorkommen von Lebensstätten des Bibers zu untersuchen und die Untere Naturschutzbehörde durch eine schriftliche Dokumentation über das Ergebnis zu unterrichten.
31. Die Bauarbeiten dürfen erst nach Freigabe durch die untere Naturschutzbehörde begonnen werden.
32. Es ist eine Ökologische Baubegleitung in Absprache mit dem Biberbeauftragten des RP Karlsruhe einzurichten.
33. Eine Dokumentation der Ökologischen Baubegleitung ist vorzulegen.

Fledermäuse

34. Eine Baumhöhlenkontrolle unmittelbar vor der Fällung der Bäume ist durchzuführen.
35. Im Bereich des Bauvorhabens sind 20 geeignete Fledermauskästen zur Stärkung der Population bis spätestens 31.12.22 anzubringen.

Allgemeine Nebenbestimmungen

36. Für die Entwicklung eines artenreichen Grünlandes, der Auengehölze und der entstehenden Gewässer ist ein Pflege- und Entwicklungsplan zu erstellen und der Unteren Naturschutzbehörde bis zum 31.12.22 vorzulegen.
37. Für die Anlage der Wiesen ist ausschließlich Saatgut aus dem Ursprungsgebiet 9 Oberrheingraben zu verwenden
38. Zur Schonung des Bodens und der Vegetation, sind die Baustraßen und Baunebenflächen mit mobilen Platten auslegen.
39. Baunebenflächen sind grundsätzlich außerhalb der Schutzgebiete anzulegen.
40. Die Ablagerung von Baumaterialien ist nur auf den BE-Flächen zulässig.
41. Der Schutz und die Sicherung von bestehenden Gehölzbeständen wie Einzelgehölze und angrenzende Vegetationsbestände sind durch fachübliche Maßnahmen zu gewährleisten.

42. Vor Beginn jeglicher Arbeiten ist die Öffentlichkeit über eine Pressemitteilung zu informieren.
43. Beginn und Ende der Arbeiten sind je Teilprojekt schriftlich anzuzeigen.
44. Die Rodung von Gehölzen darf je Teilprojekt erst kurz vor Baubeginn erfolgen. Abweichungen bedürfen der Zustimmung der Naturschutzbehörde.

Auf die Im „Rahmendokument Umweltbeitrag“ eingebrachten Anforderungen für die artenschutzrechtliche Prüfung der UNB bezüglich der Berücksichtigung der Arten Pirol, Baumfalke und Uferschwalbe wird im Gutachten nicht weiter eingegangen. Hierzu ist eine Ergänzung nachzureichen.

Nebenbestimmungen der Unteren Bodenschutzbehörde:

1. Treten bei den Arbeiten gefahrverdächtige Umstände auf, d. h. andere als die zu erwartenden Auffüllungen, z. B. Abfälle, Verunreinigungen des Bodens oder belastetes Schicht- oder Grundwasser, sollte die zuständige Behörde unverzüglich hierüber in Kenntnis gesetzt und mit ihr das weitere Vorgehen abgestimmt werden.
2. Werden konkrete Gefahren für den Einzelnen, die Allgemeinheit und der Umwelt durch z.B. freigelegte oder austretende Schadstoffe, Austritt von giftigen oder explosiblen Gasen u. ä. festgestellt, sind die Arbeiten unverzüglich einzustellen und die Baustelle ist zu sichern. Materialien mit auswaschbaren Schadstoffen sind abzudecken oder fachgerecht zu sichern.
3. Beim Erdbau mit schadstoffhaltigen Materialien sollte sichergestellt werden, dass keine schadstoffhaltigen Stäube entstehen. Alle Fahrbahnen sollten regelmäßig, bei Bedarf und nach Aufforderung z. B. der Genehmigungsbehörde, gereinigt werden.
4. Die Verwertung von Aushubmaterialien muss ordnungsgemäß und schadlos erfolgen. Da es sich z.B. beim Aushub um schadstoffhaltige Auffüllungen handeln könnte und lokale Verunreinigung anzunehmen sind, sollte vor einer unmittelbaren Wiederverwertung vor Ort die umwelthygienische Eignung durch einen geeigneten Sachverständigen festgestellt werden. Eine externe Verwertung ohne eine Deklaration bzw. ein Testat eines Bodengutachters ist nicht möglich und aus bodenschutzrechtlicher Sicht unzulässig.
5. Wir empfehlen, den Aushub generell so vorzunehmen, dass eine Trennung von verwertbaren und nicht verwertbaren Materialien nach Substrat- und Stoffart sowie Schadstoffbelastung erfolgen kann. Unterschiedliche Materialien sollten getrennt gehalten und Störstoffe aussortiert werden (Sichtung und Separierung).
5. Im Bereich geplanter Baustraßen, sollten in verdichtungsempfindlichen Bereichen sog. Baggermatratzen eingesetzt werden. Für übrige Baustraßen, Baustelleneinrichtungsflächen und Lagerflächen sollte RC-Schotter der Einbauklasse Z 1.1 verwendet werden, der nach der Nutzung wieder zu entfernen ist. Unterhalb der Schotterschichten der o. g. Bereiche ist die Verwendung eines Geotextils zu empfehlen, um beim Rückbau das Getrennthalten zwischen Schotter und unterlagerndem Substrat zu ermöglichen

Nebenbestimmungen der Unteren Abfallbehörde:

1. Boden- und Steinmaterialien, die nicht innerhalb des Projekts wiederverwendet werden, sind entsprechend ihrer Deklarationsergebnisse einer ordnungsgemäßen Verwertung bzw. Beseitigung zuzuführen.

2. Aushubarbeiten, ggf. erforderliche Haufwerksbeprobungen und Deklarationsanalytik (nach VwV-Boden bzw. nach DepV) sowie daraus resultierende Einstufungen der Boden- und Steinmaterialien sind fachgutachterlich zu überwachen und zu dokumentieren.
3. Verwertbare und nicht verwertbare Abfälle sind voneinander zu trennen bzw. getrennt zu halten. Störstoffe sind möglichst vor Ort auszusortieren.
4. Mit Abschluss der Maßnahme ist der Unteren Abfallrechtsbehörde eine Aufstellung über die der Verwertung bzw. Beseitigung zugeführten Boden- und Steinmaterialien unverzüglich vorzulegen.

Nebenbestimmungen des Eigenbetriebs Stadtentwässerung:

1. Die Auslassbauwerke sind langfristig zu erhalten, die Revitalisierung des Neckars darf nicht zu einem erhöhten Feststoffabtrag bzw. Sedimentation im Bereich der Bauwerke führen. Eventuell erforderliche Umbaumaßnahmen sind separat mit der Stadtentwässerung Mannheim abzustimmen.
2. Bei Abgrabungen im Bereich der Abwasserkanäle ist eine Mindestüberdeckung von 1,50 m zu gewährleisten. Nicht mehr benötigte Entwässerungsleitungen sind am Anschluss zu verschließen und zu verfüllen.
3. Für sämtliche Schachtabdeckungen ist die Anfahrbarkeit mit einem 40 t Spülfahrzeug zu gewährleisten.
4. Für geplante Baumsetzungen ist ein lichter Abstand von größer 7,00 m zu unseren Abwasserkanälen einzuhalten.
5. Anfallendes Niederschlagswasser darf nicht in das Abwassernetz der Stadt Mannheim eingeleitet werden.

Nebenbestimmungen der Deutschen Bahn AG – DB Immobilien

1. Aus den Maßnahmen dürfen keine negativen Einflüsse für den Bahnbetrieb ausgehen, insbesondere dürfen sie sich nicht negativ auf die Eisenbahnbrücken auswirken.
2. Eine Abstimmung mit dem Projekt „Wiederherstellen der 2-Gleisigkeit östliche Riedbahn“ ist durchzuführen. Ansprechpartner: Reiner Oepen, e-mail: reiner.oepen@deutschebahn.com, Tel.: 0721/9386593.

Nebenbestimmungen der MVV Netze GmbH:

1. Das Ihnen bereits überlassene Merkblatt zu Arbeiten im Bereich unserer Versorgungsleitungen ist zu beachten.
2. Einige Tage vor Baubeginn ist erneut eine Planauskunft über unser Onlineportal einzuholen, da die Gültigkeit der Bestandspläne auf maximal 14 Tage begrenzt ist.
3. Der Beginn der Bautätigkeiten ist uns mind. 3 Arbeitstage zuvor über unser Onlineformular Baubeginnmeldung anzuzeigen.

Nebenbestimmungen der Vodafone BW GmbH:

1. Im Planungsbereich befinden sich Versorgungsanlagen der Vodafone BW GmbH. Die beigefügte Kabelschutzanweisung ist zu beachten.
2. Sollten Änderungen am Bestandsnetz der Vodafone BW GmbH notwendig werden, bitten wir um schnellstmögliche Kontaktaufnahme unter Angabe der Vorgangsnummer 405191, Abteilung Zentrale Planung, Tel.-Nr.: 0561 7818-149.

Nebenbestimmungen der Neckar-Aktiengesellschaft:

1. Zum Nachweis der Unschädlichkeit der Maßnahme auf die Erzeugungsleistung des Kraftwerks fordern wir nach Abschluss der Maßnahme ein Monitoring insbesondere bzgl. der Verlandungssituation im Mündungsbereich Kraftwerkskanal/ Alt-Neckar. Aus Sicht der Neckar-AG muss zweifelsfrei gewährleistet sein, dass sich die im Fachbeitrag dargestellte "Unschädlichkeit" der Maßnahme auch im Dauerbetrieb so einstellt.
2. Sollten nach Abschluss der Maßnahme bzw. im späteren Betrieb Verlandungen auftreten, die zu einer Reduktion der Erzeugungsleistung führen, sind diese durch den Maßnahmenträger auf seine Kosten zu beseitigen.
3. Die neu geschaffene Strukturmaßnahme ist dauerhaft so zu betreiben und zu unterhalten, dass negative Auswirkungen auf die Erzeugungsleistung des Kraftwerks von vornherein ausgeschlossen sind.
4. Um die Arbeitssicherheit bei der geplanten Maßnahme jederzeit zu gewährleisten bitten wir, insbesondere bei geplanten Arbeiten im Abflussquerschnitt des Neckars, um zeitnahe Kontaktaufnahme zu unserer zentralen Leitwarte in Rockenau:

Warte Rockenau, Neckarelzer Landstraße 12, 69412 Eberbach
Telefon: 06271 9263-0 / Email: nag.warte@enbw.com

IV. Begründung:

Mit Schreiben vom 11.12.2020 beantragt der Eigenbetrieb Stadtraumservice Mannheim die Erteilung einer Plangenehmigung für das Vorhaben „Strukturmaßnahmen für die naturnahe Entwicklung des Neckars bei Mannheim, Bauabschnitt 2 – Projektphase West und Bauabschnitt 3 – Projektphase Ost“ für den (Alt-) Neckar zwischen Neckar-km 4,45 und 8,50. Mit Übergabe der Planunterlagen, verfasst vom Ingenieurbüro Kauppert Karlsruhe, am 01.12.20 durch die Bundesgartenschau Mannheim 2023 gGmbH waren die Unterlagen vollständig.

Die Bundesgartenschau 2023 gGmbH wurde mit der Leitentscheidung vom 23.05.2017 des Gemeinderats der Stadt Mannheim zur Entwicklung des 230 ha großen Grünzugs Nordost beauftragt. Dieser verbindet die bisher getrennten Grünräume des Luisenparks über den Neckar bis zu den Vogelstangseen zu einem durchgehenden Landschaftspark und verbessert damit die Lebens- und Naturqualitäten im Stadtgebiet. Ein wesentlicher Teil des Grünzugs Nordost ist die nach Westen fließende Vollwasserstrecke (Alt-) Neckar. Im Rahmen der Bundesgartenschau 2023 wird die Gelegenheit ergriffen, den Neckar und die Feudenheimer Au im urban geprägten Raum in einer Gesamtkonzeption mit Blick auf die Ziele der EU-Wasserrahmenrichtlinie naturnah zu entwickeln.

Für die aquatischen Lebensformen kann der Neckar im Bereich der Stadtstrecke Mannheim als „monotone Wüste“ eingestuft werden. Durch eine Vielzahl von Maßnahmen im und am Gewässer sollen wertvolle neue Lebensraumstrukturen für Fische und andere Fließgewässerbewohner geschaffen werden; beispielhaft genannt seien hier eine Änderung der Linienführung des Gewässerbetts zur Schaffung von Prall- und Gleitstrukturen, die Entfesselung der Ufer und das Zulassen bzw. Fördern dynamischer Prozesse.

Zusätzlich der Maßnahmen am Bett des Altneckars werden am unterstromigen Ende des Projektgebiets ein neues Fließgewässer mit zwei Inseln angelegt sowie oberstromig der östlichen Riedbahnbrücke ebenfalls ein Fließgewässer und zwei Stillgewässer neu geschaffen.

Die überschlägige Prüfung des Vorhabens gemäß § 5 Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz (UVPG) durch die Genehmigungsbehörde hat ergeben, dass keine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht. Diese Feststellung wurde sowohl im Amtsblatt der Stadt Mannheim als auch auf deren Homepage unter „Bekanntmachungen“ veröffentlicht.

Der Gewässerausbau kann im Rahmen einer Plangenehmigung anstelle einer Planfeststellung erfolgen, da dieser, wie oben ausgeführt, nicht UVP-pflichtig ist. Der Plan konnte insbesondere gemäß § 68 Abs. 3 Nr. 1 und 2 WHG genehmigt werden, da eine Beeinträchtigung des Wohls der Allgemeinheit nicht zu erwarten ist und alle anderen Anforderungen des Wasserhaushaltsgesetzes oder sonstigen öffentlich-rechtlichen Vorschriften erfüllt werden.

Die folgenden Behörden, Träger öffentlicher Belange (TÖB) und Naturschutzverbände wurden zum Vorhaben gehört:

Behörden:

- Wasser- und Schifffahrtsamt Oberrhein
- Wasser- und Schifffahrtsamt Neckar
- Wasserschutzpolizeistation Mannheim
- LRA Rhein-Neckar-Kreis - Amt für Landwirtschaft und Naturschutz
- Vermögen und Bau Baden-Württemberg
- Regierungspräsidium Karlsruhe, Ref. 33 – Fischereiwesen
- Regierungspräsidium Karlsruhe, Ref. 52 – Gewässer und Boden
- Regierungspräsidium Karlsruhe, Ref. 53.1 - Hochwasserschutz
- Regierungspräsidium Karlsruhe, Ref. 55 - Naturschutz
- Stadt Mannheim, Fachbereich (FB) 25 - Bau- und Immobilienmanagement
- Stadt Mannheim, FB 52 – Sport und Freizeit
- Stadt Mannheim, FB 60.34 – Bauteam Süd/Ost
- Stadt Mannheim, FB 67.22 – Untere Naturschutzbehörde
- Stadt Mannheim, FB 67.31 – Untere Bodenschutzbehörde
- Stadt Mannheim, FB 67.32 – Untere Immissionsschutzbehörde
- Stadt Mannheim, FB 67.32 – Untere Abfallbehörde
- Stadt Mannheim, Eigenbetrieb (EB) 69 – Stadtentwässerung
- Stadt Mannheim, EB 76 – Stadtraumservice

TÖB:

- Deutsche Bahn AG
- Deutsche Telekom GmbH
- Rhein-Neckar-Verkehr GmbH

- MVV Netze GmbH
- EnBW – Netcom BW
- Neckar-Aktiengesellschaft
- Grosskraftwerk Mannheim AG – GKM
- NeckarCom Telekommunikation
- NetCom BW GmbH
- Netze BW GmbH
- Vodafone BW GmbH
- PLEdoc GmbH

Naturschutzverbände und Vereine:

- AG Fledermausschutz BW e.V.
- Deutscher Alpenverein – LV BW e.V.
- AG der Naturfreunde BW e.V.
- BUND – LV BW e.V.
- Landesfischereiverband BW e.V.
- Landesjagdverband BW e.V.
- Landesnaturschutzverband BW (LNV)
- NABU- LV BW e.V.
- Schwäbischer Albverein e.V.
- Schutzgemeinschaft Deutscher Wald – LV BW e.V.
- Schwarzwaldverein e.V.
- Umweltforum Mannheim Agenda 21 e.V.
- Nachbarschaftsverband Heidelberg-Mannheim
- Mannheimer Ruderverein Amicitia e.V.

Keine der beteiligten Behörden, Träger öffentlicher Belange, Verbände oder Vereine hat Bedenken gegen das geplante Vorhaben erhoben; die in den Stellungnahmen normierten Nebenbestimmungen und Hinweise sind in diesem Bescheid enthalten. Nebenbestimmungen, deren Inhalt bereits in den Planunterlagen enthalten waren, wurden teilweise nicht mehr aufgeführt.

Mit Datum vom 20.05.2021 stellte der Eigenbetrieb Stadtraumservice Mannheim vorsorglich einen Antrag auf Anordnung der sofortigen Vollziehung der geplanten Maßnahme.

Begründet wird der Antrag damit, dass eine Verzögerung des Baubeginns schwerwiegende finanzielle Folgen, auch im Hinblick auf die in Aussicht gestellten Fördermittel nach der Förderrichtlinie Wasserwirtschaft, nach sich zöge, dem Ansehen der Stadt Mannheim in der Öffentlichkeit schade und ein prägnantes Element der Bundesgartenschau eventuell fehlen oder sich noch im Bau befinden könnte. Darüber hinaus liege die Umsetzung der Maßnahme im überwiegenden Interesse der Allgemeinheit.

Die Anordnung der sofortigen Vollziehung ist formell und materiell rechtmäßig.

Materiell rechtmäßig ist die Anordnung der sofortigen Vollziehung, wenn die im Rahmen der vorzunehmenden Interessenabwägung ergibt, dass das behördliche oder private Vollzugsinteresse das Aussetzungsinteresse überwiegt.

An der Realisierung des Projekts bis zur Eröffnung der Bundesgartenschau (BUGA) besteht ein hohes politisches wie auch öffentliches Interesse. Die beiden Gelände der BUGA, Luisenpark und

Spinelli, sollen mit einer Seilbahn für die rund 2,1 Millionen erwarteten Besucher verbunden werden. Die Seilbahn überfliegt dabei auch den „renaturierten Neckar“, der sich für dieses Großereignis in einem ansehnlichen „grünen“ Bild darstellen soll. Bei einer Bauverzögerung ist eine rechtzeitige Fertigstellung der Maßnahme vor Eröffnung der BUGA nicht mehr gewährleistet; maßgeblicher Grund ist, dass verschiedene Gewerke witterungsempfindlich sind und in entsprechend geeigneten Jahreszeiten geplant und umgesetzt werden müssen. Bauzeiten im Winter bedingen Baustellenstillstandszeiten und damit massive Verzögerungen, hinzu tritt eine hohe Abhängigkeit von den vorherrschenden Wasserständen. Auch vorgesehene Gehölzrodungen können nur in einem engen Zeitfenster vor Beginn der Brutsaison der dort heimischen Vogelwelt erfolgen, bei einer Verzögerung könnte diese Teilmaßnahme erst im folgenden Spätjahr angegangen werden.

In finanzieller Hinsicht bedingt ein Baustopp des Vorhabens Mehrkosten in erheblicher Höhe, er gefährdet zudem auch die rechtzeitige Auszahlung von Mitteln aus dem Fördertopf des Landes für Maßnahmen im Rahmen der Wasserrahmenrichtlinie.

Eine nicht rechtzeitige Fertigstellung bis zum Beginn der BUGA könnte auch bedeuten, dass deren Besucher im schlimmsten Fall mit der Seilbahn über eine noch in der Umgestaltung befindliche Neckarstrecke schwebten mit dem Bild einer evtl. halbfertigen Ufergestaltung, Haufwerken und Baumaschinen. Nichts wäre dem Image und der Ausstrahlungskraft einer Bundesgartenschau abträglicher als ein solches Szenario.

Um die rechtzeitige Verwirklichung der Strukturmaßnahmen für die naturnahe Entwicklung des Neckars nicht zu gefährden, muss deshalb direkt nach Erteilung der Plangenehmigung mit der Umsetzung begonnen werden.

Darüber hinaus liegt die Umsetzung der Maßnahme auch im überwiegenden Interesse der Allgemeinheit.

Mit der naturnahen Umgestaltung eines erheblichen Abschnitts des Altneckars werden Ziele der europäischen Wasserrahmenrichtlinie umgesetzt. Über die Zeit der BUGA hinaus ist Ziel der Renaturierungsmaßnahme, den Neckarabschnitt ökologisch dauerhaft aufzuwerten und dessen Gewässerstruktur im Hinblick auf die Fischfauna zu verbessern.

Die Anordnung der sofortigen Vollziehung ist demnach erforderlich und geboten.

Das Vollzugsinteresse überwiegt angesichts der Gemeinwohlbelange hinsichtlich der Realisierung der Maßnahme und der Vermeidung schwerwiegenden Folgen einer Projektverzögerung das Aussetzungsinteresse. Die Anordnung der sofortigen Vollziehung ist damit formell und materiell rechtmäßig.

Rechtsgrundlagen:

§§ 1, 2, 3, 4, 5, 6, 32, 39, 67, 68, 69, 70, 78a Abs. 1 S. 2 und 87 Wasserhaushaltsgesetz – WHG

§§ 1, 2, 3, 4, 5, 12, 65, 69, 78, 80, 82, 86 und 87 Wassergesetz Baden-Württemberg – WG

§§ 1, 2, 3, 4, 5 und 7 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung UVPG

§§ 72 -76 des Landesverwaltungsverfahrensgesetzes - LVwVfG

§ 80 Abs. 2 S. 1 Nr. 4 und Abs. 3 S. 1 Verwaltungsgerichtsordnung - VwGO

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Zustellung bei dem Verwaltungsgericht Karlsruhe, Nördliche Hildapromenade 1, 76133 Karlsruhe, Klage erhoben werden.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Dr. Hammer
Abteilungsleiter Umwelt- und Arbeitsschutzbehörde

